



# Die Anwältin der Kinder

Kinder- und Jugendanwältin Vera Nicolussi-Leck stellte dem Landtag ihren Tätigkeitsbericht über das Jahr 2012 vor

Die Kinder- und Jugendanwältin Vera Nicolussi-Leck hat den Fraktionsvorsitzenden den Tätigkeitsbericht 2012 vorgestellt. In ihrer Erläuterung – in Anwesenheit des Landtagspräsidenten **Maurizio Vezzali**, der Präsidialsekretäre **Georg Pardeller** und **Veronika Stirner Brantsch**, der Fraktionssprecher **Walter Baumgartner**, **Elena Artioli**, **Andreas Pöder** sowie der Abgeordneten **Martha Stocker**, **Ulli Mair**, **Sigmar Stocker**, **Hans Heiss** und **Eva Klotz** – schilderte sie ihre 245 Tage intensiver Tätigkeit in den vier Bereichen der Beratung und Vermittlung, Prävention und Sensibilisierung, Interessensvertretung und Netzwerkarbeit in Anwendung der UNO-Kinderrechtskonvention. Sie berichtete von den 482 wahrgenommenen Terminen, den 314 neu angelegten Akten und den 4 Telefonanrufen, die sie im Schnitt täglich erhält. In erster Linie sind es die Mütter, die sich an sie wenden, gefolgt von den Minderjährigen und verschiedenen Körperschaften. Dabei handelt es sich vorwiegend um Trennungen, psychologische



Präsident Vezzali mit Jugendanwältin Nicolussi-Leck

Gewalt und Schulabbruch. Um diese Themen ging es auch in den verschiedenen Treffen und Vorträgen, die im Rahmen der Sensibilisierungstätigkeit organisiert wurden. Zu den Aufgaben der Kinder- und Jugendanwältin gehörte auch die Vertretung der Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen z.B. im Rahmen der Anhörung zum Entwurf des Familiengesetzes. Sie wiederholte die Notwendigkeit, den Kindern zuzuhören, und brachte einige Anregungen für die Zukunft, darunter insbesondere die Einrichtung eines Kinderanwalts für Kinder, die nicht in einer Familie leben, und eines Behindertenanwalts für Menschen mit Behinde-

rung, ein Thema, das auch Stirner Brantsch am Herzen liegt. Die Abgeordnete wollte auch von der Tätigkeit der KIJA zum Schutze der Kinder mit Lernschwierigkeiten und der Trennungskinder wissen. Ulli Mair stellte hingegen einige Fragen zum Recht auf Spiel und zur Integration der Kinder mit Migrationshintergrund und Nicolussi-Leck unterstrich diesbezüglich die Wichtigkeit, die Sprache und die Kultur zu erlernen, da die Kinder ansonsten sich isolieren. In Antwort auf eine Frage von Hans Heiss erwähnte sie die Notwendigkeit einer Personalaufstockung in ihrem Amt. Schließlich stimmte sie der Bemerkung von Sigmar Stocker zu, dass es auch notwendig wäre, die Eltern „auszubilden“, fügte aber auch hinzu, dass sich die KIJA ausschließlich an die Minderjährigen wendet. Präsident Maurizio Vezzali bedankte sich bei Vera Nicolussi-Leck für ihren Bericht und ihren großen Einsatz als Kinder- und Jugendanwältin und äußerte den Wunsch, dass diese Institution wachsen und den Minderjährigen in ganz Südtirol weiterhin Unterstützung und ein offenes Ohr bieten möge. ■



Nicolussi-Leck vor den Abgeordneten: Trennungen, psychologische Gewalt und Schulabbruch als Hauptsorgen der Jugendlichen und ihrer Eltern

## Dalai Lama

Minderheitenpreis für das geistliche Oberhaupt der Tibeter



Dem Dalai Lama wurde in Bozen von der Landesregierung der Südtiroler Minderheitenpreis überreicht. An den Feierlichkeiten nahmen auch zahlreiche Abgeordnete sowie Landtagspräsident **Maurizio Vezzali** teil. ■

## Rückkehr

Martina Ladurner wieder im Landtag



Nach dem Rücktritt von **Hans Berger**, der bei den vergangenen Parlamentswahlen in den Senat gewählt wurde, nahm **Martina Ladurner** seinen Platz im Landtag ein. Ladurner gehörte dem Landtag bereits 2001 bis 2008 an. ■

## Überschuss

Die Abschlussrechnung des Landtags

Die Abschlussrechnung für das Jahr 2012 verzeichnet einen Verwaltungsüberschuss von 1,594 Mio. Euro und wurde vom Landtag mit 24 Ja und 3 Enthaltungen genehmigt. ■

# Agentur für Familien

Die Artikeldebatte zum Familiengesetz. Die neuen Maßnahmen und Einrichtungen.

Die Debatte zum neuen Familiengesetz wird voraussichtlich noch im Mai fortgesetzt. In der Aprilsitzung wurden die ersten 13 von insgesamt 21 Artikel verabschiedet. Darin geht es um die Definition von Familie im Sinne dieses Gesetzes, um die Unterstützung der verschiedenen Formen von Familie, die Einbindung von öffentlichen wie

ausgedehnt, die die Volljährigkeit bereits erreicht haben. Ebenso angenommen – und von Landesrat **Theiner** befürwortet – wurde der Vorschlag von **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne), in bestimmten Situationen die Betreuung von Kindern schon ab dem 3. Lebensmonat zuzulassen, während **Andreas Pöder** das Limit von sechs Monaten als mutige Maßnahme zugunsten der Kinder gesehen hätte.

Wie **Elena Artioli** (Lega Nord) forderte auch **Mauro Minniti** (La Destra) eine stärkere Unterstützung für die Kinderbetreuung in der Fami-



privaten Einrichtungen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, eine präventive Unterstützung zur Vermeidung von Krisensituationen, eine Familienkarte mit Preisvorteilen, eine Agentur, die sämtliche Maßnahmen zugunsten der Familien koordiniert sowie einen Beirat für die Familien, im dem die öffentliche Hand, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die Familienverbände vertreten sind.

In der Artikeldebatte wurde die Unterstützung auf Vorschlag von **Thomas Egger** (Freiheitliche) und mit Zustimmung der SVP-Abgeordneten **Stirner Brantsch**, **Munter**, **Hochgruber Kuenzer** und **Pardeller** auf zu Lasten lebende Kinder

lie, wobei er die Beiträge aber nach Einkommen abgestuft wissen wollte. Während **Ulli Mair** (F) das Gesetz als leere Hülse ohne konkrete Unterstützungsmaßnahmen bezeichnete, sahen **Maria Hochgruber Kuenzer** und **Martina Ladurner** (SVP) darin eine Reihe von guten Ansätzen.

Von den acht Tagesordnungen zum Gesetz wurde nur jener von **Sigmar Stocker** (F) angenommen, der ein Vademecum für Getrennte und Geschiedene forderte. Darin wurde er von **Veronika Stirner Brantsch** und **Donato Seppi** (Unitalia) unterstützt, während **Eva Klotz** (STF) eine Kindervertretung in Trennungsfällen als nützlicher angesehen hätte. ■

# SEL AG: Belastungen und Auswege

Die Arbeiten des Untersuchungsausschusses zu den Wasserkraftkonzessionen

Der Untersuchungsausschuss zu den Wasserkraftkonzessionen unter dem Vorsitz von **Elena Artioli** hat seine Arbeit mit weiteren Anhörungen fortgesetzt. Zunächst wurde Prof. Giuseppe Caia angehört, der von der Landesregierung als Schlichter im Stromstreit eingesetzt wurde. Laut Caia könne die SEL AG bei einer Neubewertung auf der Grundlage der ursprünglichen Wettbewerbsunterlagen nicht ausgeschlossen werden. Das Gericht habe festgestellt, ab welchem Zeitpunkt welche

Fälschungen vorgenommen wurden, und damit auch den ursprünglichen Zustand vor den illegalen Handlungen freigelegt: Diese Unterlagen seien zulässig gewesen und müssten auch bei einer Neubewertung berücksichtigt werden. Eine Neueröffnung des ganzen Verfahrens hingegen wäre eine Ungerechtigkeit und Wettbewerbsverzerrung gegenüber allen bisherigen Teilnehmern, deren Angebote und Pläne durch die Konzessionsbeschlüsse der Landesregierung bereits bekannt seien, womit neue Bewerber einen Vorteil hätten. Caia sah schließlich den einzigen Ausweg in einem Einvernehmen aller Beteiligten.

Die ehemalige Landesrätin Barbara Repetto hat dem Ausschuss erklärt, warum sie und Landesrat Tommasi-

ni die Sitzung der Landesregierung verlassen hätten, als es um die Konzession für das Kraftwerk St. Anton ging. Sie begründete dies damit, dass sie mit der Vorgangsweise bei der Konzessionsvergabe nicht einverstanden gewesen sei, vor allem nicht damit, dass man die negativen Gutachten der Ämter übergehen wollte. Landeskämmerer Eros Magnago und Roberto Morandi, Direktor des Amtes für Einnahmen, gaben dem Ausschuss schließlich einen Überblick über die Kreditaufnahmen und Bürgschaften sowie über die bisherigen Ausgaben des Landes für die SEL AG. Demnach wurden knapp 50 Mio. Euro ins Kapital der SEL investiert sowie ein Darlehen und eine Bürgschaft von je 200 Mio. aufgenommen. ■

## Funde aus dem Großen Krieg



Ein Zeugnis von der Dolomitenfront

Alto Adige nel cuore: Zeugnisse aus dem ersten Weltkrieg schützen und aufwerten

Mit einem Gesetzentwurf forderte **Alessandro Urzi** die Erschließung, Erhaltung und Aufwertung von Funden aus der Zeit des ersten Weltkriegs. Es gebe dazu ein einschlägiges Staatsgesetz, dessen

Mittel das Land dafür in Anspruch nehmen könnte.

**Sven Knoll** und **Eva Klotz** (Südtiroler Freiheit) kritisierten den Hintergedanken des Gesetzentwurfs, der auf die Aufwertung der Einheit Italiens abziele. **Hans Heiss** (Grüne) unterstützte das Anliegen, sah es aber in einer organischen Reform des Denkmalschutzgesetzes besser aufgehoben. Der Meinung war auch **Pius Leitner**

(Freiheitliche), der wie Heiss auch die europäische Dimension des Themas hervorhob. Auch Landesrätin **Sabina Kasslatner Mur** hielt ein eigenes Gesetz zum Thema für nicht notwendig. Sie erinnerte an die zahlreichen Initiativen zur Aufarbeitung der Epoche, nicht zuletzt an die anstehenden Gedenkfeiern, an denen sich auch das Land beteiligen werde. Der Gesetzentwurf wurde abgelehnt. ■

# Gegen die Ganztagschule

Freiheitliche:  
Keine flächendeckende  
5-Tage-Woche

Die Lehrer, ein Teil der Eltern wie auch der Jugendring hätten sich kritisch bis ablehnend gegenüber der 5-Tage-Woche ausgesprochen und Belastungen für Schule und Schüler aufgezeigt, bemerkte **Pius Leitner**. Er forderte mit einem Beschlussantrag dazu auf, sich gegen die Ganztagschule auszusprechen, auf eine flächendeckende Einführung der 5-Tage-Woche an

allen Schulen zu verzichten und die Autonomie der Schulen zu respektieren.

**Mauro Minniti** (La Destra), **Eva Klotz**, (Süd-Tiroler Freiheit) und **Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) sprachen sich eindeutig für die Autonomie der Schule aus, nicht aber grundsätzlich gegen die Ganztagschule, die auch positive Erfahrungen gebracht habe (Klotz) und die sonst von den Eltern an den Privatschulen erkaufte werde (Dello Sbarba). **Veronika Stirner Brantsch** und **Martina Ladurner** (SVP) räumten einige Nachteile der 5-Ta-

ge-Woche ein – etwa einen Rückgang bei den Musikschulen oder eine Konzentration des Unterrichts auf den Vormittag, sprachen sich jedoch ebenso wie **Donato Seppi** (Unitalia) und **Elena Artioli** (Lega Nord) für eine Vereinheitlichung des Schulkalenders aus. Auf letzteren Standpunkt stellte sich auch Landesrätin **Sabina Kasslatte Mur**, während Landesrat **Christian Tommasini** gegen die Vereinheitlichung und für die Autonomie der einzelnen Schulen plädierte. Der Antrag wurde vom Landtag mehrheitlich abgelehnt. ■

## Mütterrente

Freiheitliche:  
Erziehungszeiten absichern

Mit einem Begehrensantrag an das Parlament plädierten die Freiheitlichen für die Anerkennung der Erziehungsjahre für die Rentenabsicherung in der Privatwirtschaft. Die derzeitige Benachteiligung gegenüber Angestellten im öffentlichen Dienst sei nicht gerechtfertigt, erklärte **Pius Leitner**. Mitunterzeichner **Thomas Egger** verwies auf weitere Initiativen zur Erhöhung der Mütterrenten, auch das anstehende Familiengesetz biete Gelegenheit dazu.

**Eva Klotz** (STF) bezeichnete das Anliegen als berechtigt und verwies auf die österreichische Regelung mit der Anerkennung von vier Erziehungsjahren für die Rente. Auch **Maria Hochgruber Kuenzer** (SVP) unterstützte den Antrag. Der Begriff „Gleichstellung“ im Antrag berge jedoch das Risiko, im öffentlichen Bereich einen Schritt zurück zu gehen. Die in der Privatwirtschaft tätigen Frauen seien ganz eklatant benachteiligt, erklärte Landesrat **Richard Theiner** und zeigte sich mit dem Antrag einverstanden, der fast einstimmig (eine Enthaltung) genehmigt wurde. ■

## Kaffee mit Steuergeld

Lega Nord: Landesregierung soll Frühstück selber zahlen

Der Beschluss der Landesregierung, mit dem sie sich Cappuccino und Croissants auf Kosten der Steuerzahler genehmigte, sei abzuändern oder aufzuheben, forderte **Elena Artioli**. Sie räumte ein, dass die Landesregierung hier

inzwischen eingelenkt habe, der Beschluss sei aber noch aufrecht.

**Ulli Mair**, **Thomas Egger** und **Pius Leitner** (Freiheitliche) meinten, dass die Landesregierung mit ihrem Beschluss ein falsches Signal gesetzt habe, dass man darauf aber nicht mit Übertreibungen reagieren dürfe. **Andreas Pöder** (BürgerUnion) und **Donato Seppi** (Unitalia) sahen das Thema eher als Nebensache im Vergleich mit anderen Ausgaben, aber es habe Signalwirkung. **Mauro Minniti** (La Destra) verwies auf die neue Rechtslage zu den Repräsentationsspesen, daher müsse jener Beschluss auf jeden Fall zurückgezogen werden. **Sven Knoll** (Süd-Tiroler Freiheit) sprach sich ebenfalls dafür aus, dass die Landesregierung ihr Frühstück selber bezahlt, wandte aber ein, dass auch Artioli etwa am Weihnachts-umtrunk des Landtags teilnehme. Landeshauptmannstellvertreter **Richard Theiner** kritisierte den populistischen Ton des Antrags. Die Landesräte hätten nun jedenfalls je 50 Euro in die Frühstückskasse eingezahlt, Gäste werde man aber weiterhin bewirten. Der Antrag wurde mit 11 Jastimmen, 18 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt. ■



Foto: Wolf

# Kontrolle der Kartelle

BürgerUnion fordert Ermittlungen zu Preisabsprachen der Ölkonzerne

Der Landtag möge die Garantiebehörde für Wettbewerb und den freien Markt auffordern, gegen die in Italien tätigen Mineralölkonzerne wegen vermuteter verbotener Kartellbildung und illegaler Preisabsprache sowie künstlichen und wettbewerbswidrigen Preissteigerungen bei den Treibstoffen für Kraftfahr-

zeuge sowie beim Heizöl zu ermitteln und vorzugehen, beantragte **Andreas Pöder**. Er betonte, dass die Treibstoffpreise nicht sinken, wenn der Erdölpreis sinkt, aber im umgekehrten Fall sofort steigen. Die Erhöhungen der Treibstoffpreise übersteigen weitaus die Steuererhöhungen. Zudem kommen die Preiserhöhungen stets plötzlich, meist im Zusammenhang mit Ferienzeiten. Und alle Unternehmen agieren gleichzeitig. Da ließen sich Absprachen vermuten. Der Beschlussantrag wurde einstimmig genehmigt. ■



# Lokaler Markt

Freiheitliche: elektronische Auftragsvergabe für heimische Unternehmen

Derzeit müssen Gemeinden Einkäufe unterhalb der EU-Schwelle über einen zentralen elektronischen Markt einkaufen, bei dem sich die Anbieter registrieren müssen. Die Registrierung sei kompliziert und stelle für heimische Unternehmen eine Hemmschwelle dar, stellte **Roland Tinkhauser** fest und beantragte die Errichtung eines lokalen elektronischen Marktes. Zudem sollten Kleinaufträge bis 2.000 Euro von der Ausschreibungspflicht befreit werden, wie es im Trentino bereits der Fall sei. **Andreas Pöder** (BürgerUnion) be-

grüßte den Vorschlag auch im Sinne des Bürokratieabbaus, der Meinung schloss sich auch **Hans Heiss** (Grüne) an. **Alessandro Urzi** (L'Alto Adige nel cuore) hingegen bezweifelte, dass ein lokaler elektronischer Markt die Hemmschwelle senken würde, und befürchtete mangelnde Transparenz, wenn die Ausschreibungspflicht für Kleinaufträge falle. **Florian Mussner** lobte die Aktualität des Beschlussantrags und erklärte, dass die Landesregierung bereits daran arbeite. Ein lokales elektronisches System wäre den einheimischen Unternehmern eine große Hilfe und würde Bürokratie abbauen. Der Beschlussantrag wurde sodann bei 2 Enthaltungen genehmigt. ■

# Skipisten

Grüne: Hüttenbetreiber in die Verantwortung nehmen

**Riccardo Dello Sbarba** (Grüne) verwies auf die zahlreichen Unfälle abfahrender Skifahrer, Rodelfahrer oder Fußgänger, die nach der Schließung der Aufstiegsanlagen von arbeitenden Schneekatzen überfahren werden, und auf die Forderung der Ordnungskräfte, dass die Lokale längs der Pisten gemeinsam mit den Anlagen geschlossen werden. Die Landesregierung solle eine entsprechende Regelung erlassen, möglichst in Ansprache mit dem Trentino. Bei Ausnahmen, die eigens zu genehmigen seien, sollten die Hüttenbetreiber die Verantwortung für die sichere Heimfahrt ihrer Gäste übernehmen.

**Sven Knoll** (Südtiroler Freiheit), **Pius Leitner** (Die Freiheitlichen) und **Elena Artioli** (Lega Nord) warnten vor übertriebener Regelungswut. Die Betriebszeiten der Pisten seien bereits geregelt, man dürfe nicht die Skihüttenbetreiber für alles verantwortlich machen. Gegen neue Verbote, aber für schärfere Kontrollen sprach sich **Donato Seppi** (Unitalia) aus. Das Alkoholproblem auf den Pisten sei allerdings verstärkt anzugehen, meinte wie die Vorredner auch **Hans Heiss** (Grüne)

Landesrat **Thomas Widmann** teilte die Meinung der Abgeordneten Knoll und Leitner: Der Unfall in Obereggen war sehr schlimm, jedoch gibt es keinerlei Gesetz, das vermeiden kann, dass die Menschen unvorsichtig handeln. Das einschlägige Südtiroler Gesetz ist flexibler als jenes im Trentino, aber das führt nicht zu mehr Todesfällen, die durch unvorsichtiges Verhalten verursacht werden. Zudem ist im Trentino eine Ausnahmeregelung für die Lokale vorgesehen, unter der Bedingung, dass sie die Touristen bergwärts begleiten. Wir haben aber alle gesehen, was in Cermis passiert ist, wo das Unglück vom Betreiber des Lokals selbst verursacht wurde. Der Beschlussantrag wurde mit 24 Gegenstimmen, 2 Jastimmen und 1 Enthaltung abgelehnt. ■

# Zug der Erinnerung

Teilnehmer eines Projekts der Jugenddienste berichteten von ihrer Reise zu den Stätten des NS-Grauens.

Wenn man die Freiheit gewohnt ist, denkt man nicht lange darüber nach, aber wenn man einmal den dreifachen Stacheldraht gesehen hat ...“, berichtete eine Oberschülerin über ihre Reise im „Zug der Erinnerung“ zum Krakauer Ghetto

und in die Konzentrationslager von Auschwitz und Birkenau. Der „Treno della memoria“ ist ein italienweites Projekt, an dem sich auch die Arbeitsgemeinschaft der Südtiroler Jugenddienste beteiligt hat. Eine Gruppe von Südtiroler Teilnehmern wurde im Landtag von Präsident **Maurizio Vezzali** empfangen: „Jene Geschehnisse sind erst 70 Jahre her, und noch heute werden Völker durch andere Völker unterdrückt, umso wichtiger ist es, dass ihr weiter erzählt, was ihr gesehen habt.“ ■

Vezzali mit Jugendarbeitern und Teilnehmerinnen an der Reise der Erinnerung



Foto: Wolf

## Abgeordnete fragen / Landesräte antworten

### Sportmedizin

**Veronika Stirner Brantsch** und **Martha Stocker** fragten, ob die Sportmedizin privatisiert werde, welche Gründe es dafür gebe und welche Auswirkungen auf die Patienten. Der sportmedizinische Dienst werde als öffentliche Einrichtung erhalten, aber harmonisiert, damit gleiche Bedingungen und Qualitätsstandards in allen Bezirken gegeben seien, antwortete Landesrat **Richard Theiner**. Es würden keine Dienste eingeschränkt oder Tarife erhöht.

### Kindergartenplätze

**Eva Klotz** und **Pius Leitner** berichteten von mangelnden Plätzen für Kinder aus deutschsprachigen Familien in deutschen Bozner Kindergärten. Sie fragten, warum diesen Kindern nicht der Vorzug gegeben wird. Ein Vorrecht für Muttersprachler gebe es nicht, aber man überlege, das Einschreibungsrecht auf die nähere Umgebung zu beziehen und nicht auf eine einzelne Schule, erklärte Landesrätin **Sabina Kasserlatter Mur**. Die Landesregierung habe die Gemeinden angehalten, neue Kindergartenplätze einzurichten.

### BBT-Infopoint

In der Franzensfeste sollen ein Infopoint und eine Arbeitsschutzbeobachtungsstelle für den Brennerbasistunnel entstehen. **Hans Heiss** bemerkte, dass das Land knapp 4 von bisher insgesamt 5,8 Mio. Kosten trägt, und fragte, wie Kosten und Einnahmen mit der BBT-Gesellschaft aufgeteilt werden. Der Anteil des Landes an der Grundsanierung belaufe sich auf 2,3 Mio. Euro, ergänzte Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Die Kosten für den Info-Point trage die BBT-Gesellschaft, Eintritte würden keine verlangt.

### Gemeindefinanzen

Mit dem neuen Aufteilungsschlüssel für die Gemeinden würden Bozen und Meran rund ein Viertel ihrer Landesfinanzierung verlieren, kritisierte **Alessandro Urzi** und fragte, ob angesichts der prekären finanziellen Lage der beiden Gemeinden nicht eine Überarbeitung der Verteilungskriterien angebracht sei. Seit 2011 würden die Gemeinden den Verteilungsschlüssel festlegen und dabei Bedarf und Einnahmen berücksichtigen, antwortete Landeshauptmann **Luis Durnwalder**. Bozen und Meran hätten nicht nur

höhere Ausgaben, sondern auch höhere eigene Einnahmen.

### Anwaltskosten

**Elena Artioli** verwies auf die vielen vom Verfassungsgerichtshof annullierten Landesgesetze und fragte nach den entsprechenden Anwaltskosten. Insgesamt seien seit Beginn 2012 drei Landesgesetze für verfassungswidrig erklärt worden, antwortete Landeshauptmann **Luis Durnwalder**, das Einwanderungsgesetz, das Jagdgesetz und ein Omnibusgesetz. Die Anwaltskosten hätten insgesamt 110.918 Euro betragen.

### Lohnausgleich

**Andreas Pöder** fragte, warum Südtirol bei den staatlichen Lohnausgleichsgeldern so stark benachteiligt wird. Südtirol erhalte 2013 aus dem INPS-Fonds von 520 Mio. Euro lediglich 336.000 Euro, und bilde damit das Schlusslicht. Das Trentino erhalte fast viermal so viel. Das Geld werde nach Bedarf verteilt, und Südtirol habe diesen Fonds nie viel in Anspruch genommen, antwortete Landesrat **Roberto Bizzo**. Der Fonds sei allerdings auch für die anderen Regionen nicht ausreichend. ■